

Erscheint alle 14 Tage.  
Viertelj. Bezugspreis  
1,50 Mk.  
Zu beziehen im Verlag  
„Die Eiche“, Berlin  
NO 55, Greifswalder  
Straße 222.

# Die Eiche

Anzeigen für die sechs-  
gespaltene Beilage  
20 Pfg.  
Arbeitsmarkt 15 Pfg.  
Ortsvereinsanzeigen  
10 Pfg.

Organ des Gewerkschafts der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Nr. 37/38

Berlin, den 19. September 1930

41. Jahrg.

Fernsprechamt  
Alexander 4710

Alle Zuschriften für „Die Eiche“ an P. Volkmann, Greifswalder Straße 222. Alle für das Hauptbüro des Gewerkschafts bestimmte Postfächer sind zu adressieren: Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222. Sämtl. Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO 55, Greifswalderstr. 222, Postcheckk. 38821 beim Postcheckamt Berlin NW 7

Fernsprechamt  
Alexander 4710

## Der Lohnschiedspruch für das deutsche Holzgewerbe vom Arbeitgeberverband abgelehnt.

Im Leitartikel der letzten Nummer unseres Organs teilten wir bereits mit, daß der Landesverband Schlesiens den Schiedspruch vom 22. August 1930 abgelehnt hat. Mittlerweile sind auch die ablehnenden Bescheide von Württemberg und auch vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzgewerbe und des Holzgewerbes E. V. eingegangen. Auch der Verband der Tischlerinnungen Schlesiens, Geschäftsstelle Breslau glaubt seine ablehnende Haltung durch ein besonderes Schreiben zum Ausdruck bringen zu müssen. Interessant ist die ablehnende Begründung dieser Innung. In dem Schreiben heißt es:

„Dieser Schiedspruch ist uns, nämlich dem Verbande der Tischler-Innungen Schlesiens, nur unter der Hand bekannt geworden, weil das zentrale Lohnamt auf dem Standpunkt steht, daß unser Verband nicht Tarifvertragspartei sei und daher bei der neuen Lohnfestsetzung nicht mitzurechnen habe. Dabei stehen hinter uns fast sämtliche Tischlermeister der Provinz Schlesien mit über 2000 Mitgliedern und ebenfalls Gesellen.“

Wir erklären jedenfalls, daß wir den Schiedspruch ablehnen. Er steht im Widerspruch mit der von uns ausgegebenen Parole, daß nämlich die von der Regierung angeregte Lohnsenkungsaktion in der Weise in Schlesien zur Durchführung gebracht werden solle, daß die Löhne vom 1. Oktober 1928 als ordnungsmäßige Löhne zu betrachten seien. Dieser Parole haben die Tischlermeister in Schlesien bis auf wenige Ausnahmen Folge geleistet. Die kleinen Widerstände des Holzarbeiterverbandes in Strehlen und Beuthen sind bedeutungslos. Der Herr Regierungspräsident in Breslau hat uns außerdem bei der Durchführung seine Unterstützung insoweit zugesagt, als er insbesondere in Strehlen den Landrat angewiesen hat, Leib und Leben der Arbeitswilligen zu schützen.

Wir werden uns jedenfalls mit aller uns zu Gebote stehenden Macht gegen eine Vergewaltigung unseres Handwerkerstandes wehren, die wir darin sehen würden, wenn der obengenannte Schiedspruch über unsere Köpfe hinweg und auch gegen den Willen des Hirschberger Verbandes für allgemein verbindlich erklärt würde, weil doch heutzutage erwiesen ist, daß dieser Schiedspruch keine überwiegende Bedeutung in Schlesien hat.“

Diese Begründung, die wir in ihrem ganzen Wortlaut wiedergegeben haben, mutet uns an, als ob der Innungsoberrmeister von Breslau eine Walze aus der Innungsliste des grauen Mittelalters hervorgeholt hat. In früheren Jahren ging man ja noch weiter und ließ die Gesellen, welche sich dem Diktat der Meister widersetzen, einfach einsperren. Aber auch im Mittelalter wußten sich die Gesellen schon zu helfen und werden sich recht im Zeichen der Weimarer Verfassung zu helfen wissen. Dieser gute Obermeister ist es ja auch, der die Parole herausgegeben hat, keine organisierten Gesellen zu beschäftigen. Solche Parolen kann man leicht herausgeben, wenn man selber keinen Menschen beschäftigt. Wir tun vielleicht dem guten Mann zu viel Ehre an, wenn wir überhaupt des Schreibens erwähnten, wir wollten nur unsere Mitglieder darauf aufmerksam machen, daß in Schlesien das Mittelalter zu erwachen scheint.

Was die Ablehnung des Schiedspruchs für Württemberg und den übrigen Landesteilen betrifft, setzt uns dieselbe nicht weiter in Erstaunen. Der Schiedspruch wurde vom Unparteiischen mit den Stimmen der Arbeitnehmer gefällt, daraus ging schon hervor, daß die Arbeitgeber nicht gewillt seien, irgend ein Zugeständnis zu machen, daß sie vielmehr der Parole der großen Arbeitgeberverbände auf Lohnabbau Folge leisten wollten.

Solche Parolen sind schon oft zum Schaden der Arbeitnehmer befolgt worden, man hat meist später einen Trübsalmarkt vorgefunden, der nachher sehr schwer zu beheben war. Unsere Kollegen setzen dieser

Maßnahmen mit aller Ruhe und Entschlossenheit entgegen, sie befinden sich in der Abwehrstellung. Wenn es in Schlesien und anderen Bezirken zu Kämpfen gekommen ist, dann tragen die Scharmacher im Arbeitgeberlager die Schuld, die sich von ihren veralteten Anschauungen nicht frei machen können und die ein gezieltes Zusammenarbeiten nicht vertragen können.

In einer Zeit, in der die Preise für die Lebensmittel und Bedarfsartikel ständig im Steigen sind, in der die Arbeiterschaft durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit immer mehr der Verelendung preisgegeben wird, von Lohnabbau zu reden, betrachten wir als ein Verbrechen am Volke. Wir wissen sehr wohl, daß es den Arbeitgebern z. B. auch nicht gut geht, die schwierigen Absatzmöglichkeiten werden jedoch nicht durch die zur Zeit gezahlten Löhne hervorgerufen, sondern sie liegen auf andern Gebieten.

Als eine Kurzsichtigkeit muß es bezeichnet werden, wenn diese große Arbeitslosigkeit zum Lohnabbau benützt wird. Die deutsche Wirtschaft, die Industrie und das Handwerk brauchen einen arbeitsfreudigen Arbeiterschaft. Die Erbitterung, die jetzt durch die Maßnahmen der Unternehmer durch weite Kreise der Arbeiterschaft zieht, ist außerordentlich groß, ja sie bedeutet eine wirtschaftliche und politische Gefahr.

Die gewaltige langandauernde Wirtschaftsdpression wird und muß einmal vorübergehen. Das deutsche Erwerbsleben braucht dringend einen wirtschaftlichen Aufschwung. Glaubt jemand im Ernst, daß die deutschen Arbeiter und besonders die Holzarbeiter alle diese monatelangen jahrelangen Schikanereien vergessen werden? Es wird die Zeit kommen, vielleicht liegt sie nicht mehr fern, wo die Arbeitnehmer die Scharmacher an alle ihre Maßnahmen recht deutlich erinnern werden.

Wie liegen in Wirklichkeit die Tatsachen? Die Arbeitgeber verlangen einen amtlich bestätigten Lohnabbau, in Wirklichkeit haben dieselben durch geschickte Maßnahmen schon längst eine erhebliche Reduzierung der Löhne und der Akkordpreise vorgenommen. Man setzt Betriebsstilllegungen durch, um bei der Wiedereröffnung die Arbeitnehmer zu ganz andern Löhnen wieder einzustellen. Oder man nimmt an den Zeichnungen ganz unwesentliche Änderungen vor, um die Akkordpreise zu senken. Die Arbeiterschaft hat dies alles in Kauf genommen, das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit hat sie veranlaßt, von Gegenmaßnahmen Abstand zu nehmen, aber jede Maßnahme findet auch einmal eine Grenze. Dem Lohnamt ist dies alles ein reichhaltiges Material unterbreitet worden. Auf jeden Fall muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, daß die von den Arbeitgebern erhobene Forderung vor dem Lohnamt auf Lohnabbau die einzige in seiner Auswirkung sein sollte, vielmehr haben es die Unternehmer durch die gekennzeichneten Methoden sehr wohl verstanden, bereits einen größeren Lohnabbau durchzuführen, bevor das Lohnamt seinen Schiedspruch fällt. Dies hat auch anscheinend der Unparteiische begriffen, um so unverständlicher ist die Ablehnung des Schiedspruchs durch die Unternehmer. Auf jeden Fall werden die Arbeitnehmerorganisationen alle Maßnahmen ergreifen, um die Rechte ihrer Mitglieder zu wahren.

Die Arbeitnehmer haben beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit der Schiedsprüche beantragt.

## Broterteuerung.

Die Arbeiterbevölkerung ist durch die Verschlechterung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung stark beunruhigt und ist mit Recht enttäuscht, daß die zeitliche Regierung, in erster Linie der Reichsarbeitsminister, den Arbeitnehmern die Hand zum Lohnabbau bietet. Jetzt tritt eine neue Beunruhigung ein, indem die Reichsregierung 50 Millionen RM. zur Hochhaltung der Roggenpreise auswirft.

Der Lohnabbau wurde mit einer in die Wege zu leitenden allgemeinen Preisentwertung begründet. In der Tat ist bereits ein erheblicher Rückgang der Rohstoffpreise erfolgt und auch bei den Warenpreisen ist ein gewisses

Nachlassen zu erkennen. Dagegen ist bei der Preisentwicklung der notwendigen Lebensmittel eher eine Steigerung, als ein Nachlassen der Preise zu verzeichnen. Besonders beunruhigend wirkt die Entwicklung auf dem Getreidemarkt.

Der Reichsernährungsminister Schiele, dessen Politik der deutschen Landwirtschaft bisher nur eine Verschlechterung der Marktlage gebracht hat, ist in den letzten Wochen mit seiner schon lange in Aussicht gestellten Roggenstilllegung in Aktion getreten. Der Minister war der Auffassung, daß der deutschen Landwirtschaft nur durch Roggenaufkäufe und durch Roggenmagazinierung, durch die das Preisniveau auf einer Höhe von 190 bis 200 Mark pro Tonne gehalten werden soll, geholfen werden könne, und man hat an der Berliner Produktenbörse in der letzten Zeit das Schauspiel einer sehr erheblichen Steigerung der Roggenpreise, nämlich um etwa 25 Mark, erlebt als Folge der Regierungskäufe, die über die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft (D. G. S.) bzw. die von ihr beauftragte Getreide-Industrie- und Commissions A.-G. (G. I. C.) vorgenommen wurden. Es war zu erwarten, daß von allen Seiten großes Angebot an den Markt gelangen würde, und es war für die amtlichen Stellen keine leichte Aufgabe, die an den Markt gelangenden beträchtlichen Posten Roggen aufzunehmen. Am Mittwoch voriger Woche mußte, wie die „Berliner Volkszeitung“ meldet, die D.G.S. etwa 24000 Tonnen Roggen neben 6000 bis 8000 Tonnen Weizen und am Donnerstag etwa 35000 Tonnen Roggen und etwa 6000 Tonnen Weizen am Lieferungsamt neben großen Mengen effektiver Ware erwerben, um den Preis zu halten. Im ganzen dürfte die Regierung in den letzten Monaten nicht weniger als 50 Millionen Mark für die Hochhaltung des Roggenpreises ausgegeben haben.

Für solche Stützungsaktion wird die schwer geprüfte Arbeiterschaft wenig Verständnis aufbringen können. Immer wieder wird auf die schwierige Finanzlage des Reiches hingewiesen, man ist angeblich nicht in der Lage, den Arbeitslosen zu helfen, hier aber wirft man Millionen aus, um durch Erhöhung der Roggenpreise das Brot zu verteuern. Krasser kann eine Interessenpolitik wohl nicht getrieben werden.

## Anhaltende Wirtschaftsdpression.

Deutschlands Wirtschaftsleben steht im Zeichen einer Krise, ja man kann sagen, einer Depression, die alle Merkmale einer langdauernden wirtschaftlichen Störung trägt. Kein Erwerbsstand, der nicht unter ihren tiefgreifenden Wirkungen zu leiden hätte, kein Wirtschaftszweig, der nicht im regelmäßigen Ablauf seiner Arbeit empfindlich beeinträchtigt würde. Man sucht nach den Ursachen der Krise — und nennt viele. Unseres Erachtens kommt es jetzt weniger auf die Ursachen an, als vielmehr auf die Tatsache, ob Anzeichen von Besserung vorhanden sind.

Es ist daher außerordentlich beachtenswert, daß das Institut für Konjunkturforschung im neuesten Vierteljahrsheft sich bemüht, durch Verbreiterung und Vertiefung seiner Untersuchungen die Konjunkturdiagnose, die es gibt, und von der es in vorichtiger Form auch zu den Grundlagen für eine Prognose zu gelangen sucht, zu fundieren. Abgesehen von einer besonders sorgfältigen Untersuchung der deutschen Entwicklungsvorgänge sucht das Institut sein Urteil durch eine eingehende Analyse der weltwirtschaftlichen Depression zu unterbauen, nachdem die Verbundenheit zwischen der deutschen und der internationalen Krise nicht nur in der volkswirtschaftlichen Presse, sondern auch in den politischen Argumentationen stark betont worden war.

Das Institut stellt fest: „Zum ersten Male seit dem Weltkrieg haben die strukturellen Verschlechterungen der Weltwirtschaft zu einem sehr engen Zusammenhang auch der wirtschaftlichen Bewegung der einzelnen Länder geführt. Zum ersten Male ist die deutsche Konjunktur im Gleichschritt mit der Konjunktur der anderen großen Industriestaaten getreten.“ Das Institut bringt sein Urteil in dem einen Satz zum Ausdruck:



## „Die deutsche Wirtschaft verharrt in tiefer Depression.“

Dazu macht es folgende Feststellungen:

Der Umfang der industriellen Tätigkeit dürfte zurzeit um 15 bis 20 Prozent geringer sein als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Im ersten Halbjahr 1930 blieb das Produktionsvermögen um rund 10 Prozent hinter der gleichen Zeit 1929 zurück. Der gewerbliche Stromverbrauch lag im Juni um 14 Prozent unter der Vorjahreszahl, die Wagenstellung der Reichsbahn um 18 Prozent, die Zahl der in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden um 17 Prozent. Die Arbeitslosigkeit erstreckte sich Mitte August auf 2,85 Millionen Menschen, wovon etwa 54 Prozent auf die Arbeitslosenversicherung, 15 Prozent auf die Armenunterstützung, 15 Prozent auf die statistisch erfasste Wohlfahrtspflege der Städte entfallen, während eine Anzahl von 144.000 Arbeitslosen überhaupt keine Unterstützung erhalten hat.

Für Ende Dezember rechnet das Institut mit einer Gesamtzahl von mehr als 3,5 Millionen Arbeitslosen.

nimmt aber an, daß diese Zahl noch nicht den winterlichen Höhepunkt darstellen wird, der erst im Januar oder Februar erreicht zu werden pflegt. Der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosigkeit für das Kalenderjahr 1930 wird auf vielleicht 2,4 Millionen in der Arbeitslosenversicherung und Armenunterstützung geschätzt, jedenfalls werde er die Grenze von 2 Millionen nicht unerheblich überschreiten. Als Entlastung des Arbeitsmarktes werde das Beschäftigungsprogramm der öffentlichen Hand „insofern wirksam werden, als wirklich zusätzliche Aufträge über den Rahmen der üblichen Beschäftigungen hinaus erteilt werden.

Die diesmalige Verbundenheit der deutschen Krise mit der schwereren weltwirtschaftlichen Depression kommt, abgesehen von der Verschärfung, die sich daraus für die sachlichen und psychologischen Produktionsfaktoren ergibt, auch darin zum Ausdruck, daß anders als 1926

seit einiger Zeit der Export der deutschen Industrie keinerlei Ausgleich mehr gewährt.

Die Ausfuhr, die sich seit Anfang 1927 in einer schnellen strukturellen Ausweitung befand, ist seit der Jahreswende 1929-30 stark rückläufig. Juli 1930 war sie um 14 Prozent geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ein Teil dieses Rückganges ist die Folge des gesunkenen Preisniveaus. Zum größeren Teil aber ist er durch verminderte Exportmengen bedingt, also die Folge gesunkener Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte. Die Tatsache, daß eine rückgängige Preistendenz bei der Ausfuhr aber auch jetzt noch überwiegend auf diejenigen Waren beschränkt geblieben ist, deren Rohstoffpreise in der letzten Zeit stark gesunken sind (wobei freilich zu berücksichtigen sei, daß die Preise im Exportgeschäft allgemein ohnehin äußerst gedrückt sind), legt den Schluß nahe, daß

von einer weiteren Preisentwertung, insbesondere wenn diese schnell und unter Wahrung eines gewissen Vorsprungs vor dem ausländischen Wettbewerb erfolgt, auch für die Zukunft noch eine verhältnismäßig günstige Gestaltung der Ausfuhr erhofft werden kann.

Da im 2. Vierteljahr 1930 die Einfuhrdurchschnittswerte um annähernd 6 Prozent gesunken sind, die Ausfuhrdurchschnittswerte aber nur um knapp 2 Prozent, ergab sich daraus für die Handelsbilanz gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 eine zusätzliche Entlastung um etwa 80 Millionen RM.

Unter dem Einfluß der Rohstoffkrise an den Weltmärkten und unter dem Druck des unzureichenden Absatzes haben sich die Preise sowohl der Rohstoffe und Halbwaren als auch der Fertigwaren in Deutschland weiter gesenkt. Die sinkenden Preise, die naturgemäß Verluste an Lagerbeständen zur Folge hatten, haben aber auf der anderen Seite eine Entlastung geschaffen, indem sie den Konsumenten den Bezug gleichbleibender Mengen bei abnehmenden Ausgaben ermöglichten und dadurch auch den mengenmäßigen Absatz der Verbrauchsgüterindustrien fröhlichten. Für die Produktionsgüterindustrien ergaben sich wesentlich geringere Anregungen, denn während die Großhandelspreise für Konsumgüter bereits seit 1928 sinken und sich inzwischen um rund 10 Prozent verbilligt haben, wurde der Rückgang der Großhandelspreise für Produktionsgüter erst nahezu ein Jahr später eingeleitet und belief sich bisher auf rund 2 Prozent. Der im Vergleich zu dem Preissturz an den Weltrohstoffmärkten geringe Rückgang des Preisniveaus in Deutschland ist nach dem Konjunkturbericht „offenbar nur zu einem geringen Teil auf solche Gründe zurückzuführen, die für Deutschland in stärkerem Grade als für das Ausland gelten, wie z. B. die verhältnismäßig weitgehende Bindung der Kosten und Preise. Bei der Schärfe der Depression in Deutschland wäre allerdings wohl ein stärkerer Rückgang der Warenpreise aus dem Auslande zu erwarten gewesen. Doch standen in Deutschland einem Preisrückgang gewisse Hemmungen entgegen.

Der Preisabbau wurde zum Teil durch die zum Schutz der Landwirtschaft und durch die unter dem Druck der Wirtschaftslage verschärfte Anspannung der Einnahmequellen der öffentlichen Wirtschaft abgeschwächt,

und das Institut berechnet, daß ohne diese Maßnahmen die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise um etwa 2 Prozent niedriger liegen würde.

Bezüglich des Baumarktes stellt das Institut fest, daß für das Jahr 1930 mit Bauinvestitionen im Betrage von 7 höchstens 7,5 Milliarden RM. nach 8,9 Milliarden RM. im Durchschnitt der Jahre 1928-29 gerechnet werden muß. Daraus würde sich ein Ausfall an Lohnzahlungen an die Bauarbeiter von mindestens 700 Millionen RM. und eine Verringerung des Absatzes von Baustoffen von 750-800 Millionen RM. ergeben. Gerednet wird mit einem Rückgang des Wohnungsbaues von 3,5 auf 2,8 des gewerblichen Baues von 2,7 auf 2,4 und des öffentlichen Baues von 2,7 auf 1,8 Milliarden RM.

Im ganzen kommt der Bericht zu dem Ergebnis, daß zwar Anzeichen einer bereits im Zuge befindlichen Besserung der industriellen Tätigkeit nicht vorhanden sind, immerhin aber die Symptome, die mit einem baldigen Abschluß des Konjunkturrückganges rechnen lassen, zugenommen haben.

## Die Arbeitsmarktlage nach der 5. Stichlagszählung bei den Arbeitsämtern am 15. August 1930.

In der ersten Augusthälfte hat der Zustrom an Arbeitsuchenden in verstärktem Maße angehalten. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitsuchenden betrug nach dem Reichsarbeitsblatt Mitte August 2 899 918, von denen nach Abzug der in gekündigter oder ungelündigter Stellung befindlichen und mit Notstandsarbeiten beschäftigten Personen rund 2 844 800 als arbeitslos gelten müssen. Gegenüber dem Stande vom Ende Juli (2 819 699) ergibt sich demnach eine Zunahme der insgesamt verfügbaren Arbeitsuchenden von 80 219 oder 2,8 v. H. gegenüber einem Zugang von nur 45 748 oder 1,6 v. H. in der zweiten Julihälfte. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß in der Berichtszeit auch Feierschichten und Kurzarbeit weiter zugenommen haben, die Zahl der offenen Stellen dagegen um 2 978 oder 13,8 v. H. gesunken ist. Der Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit ist also trotz der für den Arbeitsmarkt günstigen Jahreszeit beträchtlich. Auch die Zahlen der Arbeitslosen, die aus der Arbeitslosenversicherung und Reisenernährung unterstützt werden, bestätigen diese Entwicklung. Zwar haben die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung in der ersten Augusthälfte aus versicherungssrechtlichen Gründen um rund 3 000 abgenommen, die Empfänger von Reisenernährung sind jedoch um rund 17 000 angewachsen, so daß insgesamt Mitte August rund 1 915 000 Arbeitslose in diesen beiden Unterstützungseinrichtungen betreut wurden.

Auch in der Holzindustrie ist eine Zunahme von 7,8 Prozent zu verzeichnen.

### Die Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung

In der ersten Augusthälfte hat sich die Zahl der unterstützten Arbeitslosen nur wenig verändert, es ist ein ziffernmäßiger Rückgang um fast 2 000 Hauptunterstützungsempfänger zwischen dem 1. und 15. August 1930 zu verzeichnen, der jedoch nicht auf eine entsprechende Entwicklung des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist, sondern in den Voraussetzungen für die Gewährung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung und in der Begrenzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung seine Ursachen findet. Insgesamt wurden am 15. August d. J. 1 495 624 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, davon 1 173 141 Männer und 322 483 Frauen. Die Zahl der Männer ist weiter gestiegen, und zwar um 5 465 oder 0,5 v. H. des Bestandes von Ende Juli, die Zahl der Frauen dagegen hat um 7 363 oder 2,2 v. H. abgenommen. Gegenüber dem gleichen Tage des Vorjahres beträgt die Ueberlagerung nunmehr rund 780 000 Hauptunterstützungsempfänger oder 108,8 v. H.; sie ist bei den Männern mit 127,5 v. H. im Verhältnis mehr als doppelt so groß als bei den Frauen, bei denen sie 60,7 v. H. ausmacht.

Die Entwicklung in den Landesarbeitsämtern ist außerordentlich unterschiedlich. Die 5 Landesarbeitsämter Nordmark, Niedersachsen, Westfalen, Rheinland und Süddeutschland melden Zunahmen, am stärksten Niedersachsen (4,3 v. H.) und Westfalen (3,2 v. H.), alle übrigen Bezirke haben Abnahmen zu verzeichnen, die in Hessen, Sachsen und Schlesien verhältnismäßig unbedeutend, am stärksten dagegen in Brandenburg und Ostpreußen (3,0

## Die Exekution.

Von  
André Falger.

Ich fand diese Nacht keinen Schlaf. Der Brief, den ich am Abend aus meiner Heimat erhalten hatte, beunruhigte mich stark. Der Mutter ginge es von Tag zu Tag schlechter, schrieb meine Schwester und von meinem Bruder gab es immer noch keine Nachricht. Seit einem Jahr war er verschollen, wir glaubten er sei in Kriegsgefangenschaft geraten, doch man wollte ihn später in verdächtigter Gesellschaft in der Hauptstadt gesehen haben.

Es war noch kaum hell, als der Bataillonsordonnanz in meinem Quartier erschien: Ich sollte mich sofort beim Kommandanten melden.

„Herr Leutnant,“ empfing mich Major Bringer,“ Sie nehmen aus Ihrem Zug sieben Mann und einen Unteroffizier, treten mit ihnen um drei Uhr nachmittags auf der Wache an und melden sich bei Herrn Hauptmann Hajdu. Es handelt sich um eine Exekution. Bitte also, den Leuten die nötigen Instruktionen zu erteilen. Danke, Herr Leutnant.“ Der übernächtlige Bataillonskommandant winkte müde; ich mußte, er verbrachte seine meisten Nächte in der Stube am Kartentisch.

Sonniges, klares Wetter herrschte noch, als ich um zwei Uhr nachmittags an der Spitze meiner Leute den Marsch nach der vier Kilometer entfernten Wache antrat. Wir hatten kaum die Hälfte des Weges zurückgelegt, da zogen drohend die ersten Wolken auf. Als wir unter Föhn erreichten, war der Himmel schon völlig bedeckt. Im trüben Halbmond lag die kleine Wiese vor uns. Wir durchschritten die Reihen des 4. Bataillons, das das Exekutionskarree bildete, und ich meldete mich bei Kommandant Hajdu als Kommandant des Hinrichtungs-

perates.

Pferden gezogene Bauernfuhrwerk hielt außerhalb des Karrees. Soldaten mit aufgefingelten Bajonett sprangen ab und holten den Deliquenten herunter. Er war in diesem Augenblick noch zu weit entfernt, als daß ich seine von einem dichten schwarzen Bart umrahmten Züge hätte beobachten können. Ein Geistlicher in schwarzer Kutane schritt neben ihm her. Aus einem unerklärlichen Gefühl heraus wandte ich meine Blicke ab. Ich sah erst auf, als der Mann mit seinen Begleitern schon am mir vorbeigeschritten war.

Mit hohler Stimme las Hauptmann Hajdu das lange Urteil vor. Der Deliquent hörte es, wie ich später erfuhr, teilnahmslos an; er lauschte den Worten des Feldgeistlichen. Als der Vollstreckungsbefehl zu Ende gelesen war, trat der Hauptmann an mich heran; ich winkte dem schon unterrichteten Zugführer Beolat. Dieser näherte sich mit einem Ranne dem Deliquenten.

Einige Augenblicke verstrichen; es herrschte Totenstille, nur das dumpfe Geräusch des nahen Gewitters hörte man. Ich blickte plötzlich auf und sah dem zum Tode Verurteilten schon vor dem frischgescharrten kleinen Grabe knien. Zugführer Beolat band ihm soeben das schwarze Tuch vor die Augen. Der Geistliche trat zur Seite; Beolat und der Infanterist kehrten zum Exekutionspeloton zurück, das jedes Schritte vom Deliquenten Stellung genommen hatte.

Dann ging alles programmäßig. Die Leute näherten sich auf meinem Wink mit leisen Schritten dem knieenden Manne, erst knapp vor ihm machten sie halt.

Während ich meinen Arm erhob, blickte ich auf den Totgeweihten. Die schwarze Binde bedeckte den größten Teil seines Gesichts; ich sah außer dem dichten schwarzen Bart nur kleine Stellen der gelblich wächsernen Haut.

Ich ließ meinen Arm sinken. Schüsse krachten. Es war keine Salve; die Leute schossen schlecht. Der Exekutierte lag regungslos neben dem frischgegrabenem Loch, aus einigen Wunden sickerte langsam das Blut. Ein Regimentsarzt beugte sich über den Erschossenen, öffnete

mit behandschuhter Hand die schon aufgenöpfte schmutzige Bluse, legte das Stethoskop auf die Herzgegend und horchte. Dann winkte er den Zugführer zu sich. Beolat richtete den Genetrikalapp dorthin, die entblößte Stelle und drückte ab. Der Schuß ging nicht los; er hatte vergessen zu repetieren. Der Arzt wurde nervös, er entnahm Beolat die Waffe und reichte sie mir, ich repetierte und gab dem Agonierenden den Gnadenschuß. Konvulsiv schnellte sein rechter Arm empor und sank leblos herab. Die schwarze Binde löste sich im gleichen Augenblick vom Gesicht des Toten. Ich sah seine weit geöffneten, gläsernen Augen, und wie vom Blitze getroffen sank ich zusammen.

Als ich wieder zu Bewußtsein kam, regnete es in Strömen. Man wollte mich mit dem kleinen Bauernwagen, der den Hingerichteten nach dem Exekutionsplatz gebracht hatte, nach meinem Quartier schaffen. Entsetzt wehrte ich mich dagegen.

In den nächsten Tagen bemerkte ich immer wieder die spöttischen Blicke meiner Kameraden. Erfasste ich und zu leise Bemerkungen über schwache Nerven. Ich schwieg und wurde nur noch wortfarrer. Dann aber eines Abends, als ich, wie stets seit der Exekution, mit einem starken Unbehagen die Offiziersmesse betrat, empfing mich eine drückende Stille. Die Unterhaltung wurde gleich wieder fortgesetzt, doch ich fühlte, daß etwas gefehlt war. Als ich einmal zufällig auffah, gewahrte ich, daß die Blicke meiner Kameraden auf mich ruhten, doch sie waren alles eher als spöttisch. Schnell erhob ich mich und verließ die Messe. Draußen standen zwei Ordonnanzen; sie bemerkten mich nicht, und ich hörte den einen sagen: „... und erst heute erfuhr man den richtigen Namen des hingerichteten Spions...“

Wie besessen eilte ich davon, rannte nach meinem Quartier und warf mich auf das harte Bett. Und laut schluchzte ich auf. Sie wußten es also schon: der Erschossene war mein Bruder.



bezw. 3,4 v. H.) waren. In der Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger haben die Landesarbeitsämter Ostpreußen, Nordmark, Niederrhein, Westfalen und Rheinland Zunahmen gemeldet; bedeutender ist die Zunahme jedoch nur im Rheinland (3,4 v. H. oder 1056 Hauptunterstützungsempfänger). Am stärksten über der durchschnittlichen Belastungssteigerung im Reich (2,2 v. H.) liegen Brandenburg (7,5 v. H.), Bayern (5,8 v. H.) und Südwestdeutschland (3,4 v. H.).

Berufsüblich arbeitslos im Sinne der Verordnung und Anordnung über berufsbliche Arbeitslosigkeit vom 18. Dezember 1928 in der Fassung vom 18. November 1929 waren am 15. August nur noch 1483 weibliche Hauptunterstützungsempfänger in der Kartonnagen- und der Strohhutindustrie Sachsens. Am 31. Juli d. J. wurden noch 1934 berufsbliche arbeitslose Hauptunterstützungsempfänger gezählt, und zwar 1524 weibliche Haupt-Unterstützungsempfänger aus der sächsischen Kartonnagen- und Strohhutindustrie sowie 130 Männer und 280 Frauen aus dem Bekleidungsgebiete Mitteldeutschlands.

Herabstufungen auf Grund des § 107 c zwecks Angleichung der Unterstützungssätze an die Lohnverhältnisse des Unterstützungsortes waren am 15. August d. J. bei 26 484 Hauptunterstützungsempfängern vorgenommen, d. h. bei 1,8 v. H. aller Hauptunterstützungsempfänger an diesem Stichtage; am 15. Juli d. J. waren die entsprechenden Zahlen 29 747 und 2,0 v. H. Wie bisher überwiegt die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger, deren Unterstützung herabgestuft wurde, auch verhältnismäßig.

## Verstehere Dich und Dein Hab und Gut.

Wir haben seit der Gründung unseres Gewerkevereins Wert darauf gelegt, unsere Mitglieder gegen alle Unbilden des Lebens zu schützen. Diesem Zweck entsprechen alle Einrichtungen unseres Gewerkevereins. Neben den einzelnen Unterstützungsarten unseres Gewerkevereins bietet unsere besondere Kranken- und Sterbekasse allen Kollegen Gelegenheit, für geringe Beiträge ein besonderes Krankengeld neben den Leistungen der Pflichtkasse zu erhalten. Mit Genugung können wir feststellen, daß in der schweren Zeit der Arbeitslosigkeit, wo natur- und erfahrungsgemäß die Zahl der Kranken unverhältnismäßig hoch ist, unsere Krankenkasse ein wohlwollender Helfer für die Mitglieder derselben war. Leider stehen noch eine große Zahl unserer Kollegen der Kasse fern, weil sie glauben, bei ihrem Gesundheitszustand sei der Beitritt überflüssig. Aber gar zu bald erleben auch diese Mitglieder eine große Enttäuschung, wenn sie von einer Krankheit überrascht werden. Deshalb ist es notwendig, daß die Ortsvereinsvorstände alle Mitglieder auf diese Kasse hinweisen. Die Vermögenslage unserer Krankenkasse hat sich seit 1924 von Jahr zu Jahr günstiger gestaltet, sodaß der Beitritt mit gutem Gewissen allen Mitgliedern empfohlen werden kann. Bis zum Alter von 55 Jahren können die Kollegen der Krankenkasse mit einem Wochenbeitrag von 10 Pfg. beitreten, im übrigen von 10 zu 10 Pfg. Beitragssteigerung bis zu 50 Pfg. Wochenbeitrag. Neben dem Krankengeld, welches entsprechend dem Beitrag abgestuft ist, wird bei Todesfall ein dem Beitrag entsprechendes Sterbegeld gezahlt.

Außer der Krankenkasse besteht im Gewerkeverein der Holzarbeiter noch eine besondere Sterbekasse, in welcher neben den Mitgliedern auch deren Familienangehörige aufgenommen werden. Jede Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung bis zum 45. Lebensjahr; bei den Töchtern der Mitglieder vom 14. Lebensjahr an. Die Versicherung kann in 5 Stufen von 5, 10, 15, 20 und 25 Pfg. erfolgen. Schon nach einjähriger Mitgliedschaft wird das volle Sterbegeld im Falle des Todes gezahlt.

Wieviel Not und Elend ist bereits gelindert worden, wenn die Kollegen sich gegen Krankheit und Sterbefall rechtzeitig versichert haben. Die paar Pfennige Beitrag sind in gesunden Tagen noch zu erschwingen, im Krankheits- oder Sterbefall kommt die Unterstützung sehr zu statten. Deshalb sorgt der verantwortungsvolle Kollege rechtzeitig für die Aufnahme in diesen beiden Kassen und versichert auch seine Angehörigen gegen Sterbefall.

Unter der Mitwirkung unseres Gewerkevereins wurde im Jahre 1920 die Deutsche Feuerversicherung Aktien-Gesellschaft ins Leben gerufen. Diese betreibt das Feuer-, Einbruch-Diebstahl-, Unfall-, Haftpflicht- und Kraftfahrzeug-Versicherungsgeschäft. Sie ist in erster Linie bestrebt, sich durch eine besondere Kulanz bei der Schadenersatzregulierung auszuzeichnen. Sie stellt die Sicherheit in den Vordergrund und hat sich daher seinerzeit von den Gefahren freigehalten, die eine schrankenlose Prämienunterbietung in der Inflationszeit nach sich ziehen mußte. Jahr 1924 auf 3 Millionen Mark umgestelltes Aktienkapital ist inzwischen auf 4 Millionen Reichsmark erhöht worden. Zusammen mit den Reserven bietet es im Vergleich zu der Prämie mehr als die dreifache und mit der Prämie mehr als die vierfache Sicherheit, die somit als außerordentlich hoch bezeichnet werden darf. Wer von unseren Mitgliedern noch nicht gegen Feuergefahr usw. versichert ist, hole dieses bald nach.

## Berliner Möbelmesse.

Jede Maßnahme, die zur Hebung des Holzgewerbes und der deutschen Wirtschaft ergriffen wird, kann nur lebhaft unterstützt werden. Wir begrüßen es daher auf

das wärmste, daß die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie („Babeho“), auch in diesem Jahre eine Möbelmesse veranstaltete. Dieselbe fand vom 28. August bis 2. September in einer großen Halle des Ausstellungsviertels am Kaiserdamm statt. Wie in früheren Jahren, war auch diese Messe überaus reich besetzt, die Qualität der Möbel stand wieder im Vordergrund. Daran liegt ja der Wert in der Berliner Möbelmesse, daß man bei der Ausstellung ganz besonderen Wert auf die Qualität der Möbel legt. Man sah auch in diesem Jahre wieder einige neue Modelle, besonders darauf bedacht, der Geschmackrichtung des Publikums Rechnung zu tragen.

Ueber den Erfolg der Messe können wir bestimmtes nicht sagen. Diese Messen sind ja meist dazu geschaffen, um die Kauflust mehr anzuregen, die Geschäfte werden meist später abgeschlossen. Auf jeden Fall wünschen wir dem Unternehmen den größten Erfolg. Wenn es durch Verkäufe möglich ist, das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, ist viel gewonnen.

## Ein wichtiger ministerieller Erlaß.

Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ veröffentlicht folgenden bedeutenden Erlaß des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt: Die große Zahl der Erwerbslosen und die schwierige Lage der gesamten Wirtschaft nötigen dazu, jedes Unternehmen, bei dem Arbeitskräfte beschäftigt werden, in jeder Weise auch durch die Behörden zu för-

## Wenn wir keine gewerkschaftliche Organisation hätten, dann

- gäbe es keinen gesetzlichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft, keine Sozialpolitik;
- keinen Tarifvertrag zur Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse;
- keinen Urlaub;
- keinen Rechtsschutz, keinen Rat, keine Hilfe bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis;
- keine schnelle Rechtsprechung bei gewerblichen Streitigkeiten unter Mitwirkung der Arbeitnehmer;
- keine Regelung der Arbeitszeit, also auch kein Familienleben;
- keine Kranken-, Invaliden-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung;
- keine Selbsthilfeeinrichtung der Arbeitnehmerchaft für alle Notfälle des Lebens;
- kein Betriebsrätegesetz, das bei richtiger Anwendung der Arbeitnehmerchaft Schutz und Einfluß gibt;
- überhaupt keinerlei Einfluß der Arbeitnehmerchaft im öffentlichen wirtschaftlichen Leben.

Was erreicht wurde, verdanken wir der gewerkschaftlichen Organisation. Noch mehr kann erreicht werden, wenn wir alle mitarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation und versuchen, den lehen Unorganisierten für uns zu gewinnen.

dem. Aus diesem Grunde werden die Baupolizeibehörden, aber auch alle sonstigen bei der Ausführung von Bauten beteiligten Behörden, insbesondere die Gemeindebehörden, allen Bauvorhaben gegenüber größtes Entgegenkommen zeigen müssen. Dieses Entgegenkommen wird in erster Linie in einer möglichst beschleunigten geschäftlichen Behandlung der Bauanträge zu bestehen haben; jede Dienststelle muß das Bestreben haben, Verzögerungen zu vermeiden.

Aber auch sachlich ist ein weitgehendes Entgegenkommen erforderlich; hierbei ist davon auszugehen, daß auch die Ausführung privater Bauten nicht nur privaten Interessen dient, sondern gerade in einer Zeit der Wirtschaftsnot der Allgemeinheit in verstärktem Maße zugute kommt.

Wenn auch das Entgegenkommen nicht dazu führen darf, daß sich die Bauherren und Bauunternehmer willkürlich über die Forderungen hinwegsetzen, die der Sicherheit und dem Bestreben auf Schaffung gesunder Wohnungen wegen, so wird doch in einer Zeit der wirtschaftlichen Not von der Durchführung mancher Forderung im Wege der Ausnahme oder der Befreiung abgesehen werden können, deren Erfüllung zu anderer Zeit unerlässlich erscheint.

Die Baupolizei wird ihre Genehmigungstätigkeit ferner nicht allein in der Richtung auszuüben haben, daß sie die eingereichten Bauvorlagen prüft, sie wird vielmehr in den Fällen, in denen sie das Bauvorhaben nicht unverändert genehmigen kann, dieses

nicht einfach abzulehnen, sondern durch sachgemäße Beratung des Bauherrn eine Lösung anzustreben haben, die unter Berücksichtigung der privaten und der öffentlichen Interessen eine möglichst beschleunigte Ausführung des Bauvorhabens ermöglicht.

Der Minister ersucht die nachgeordneten Behörden, in diesem Sinne auf die Baupolizeibehörden und die sonstigen bei Bauausführungen beteiligten Behörden, namentlich also auch auf die Dispensbehörden, einzuwirken.

Diese Anweisung des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt an die Adresse der Baupolizeibehörden ist zu begrüßen. Es wird höchste Zeit, daß endlich einmal mit dem bisherigen, oft kleinlich-bürokratischen System gebrochen wird! Vor allem ist es verdienstvoll, daß in dem ministeriellen Erlaß gefordert wird, daß die zuständigen Amtsstellen nicht mehr ein Baugesuch rundweg ablehnen, sondern vielmehr durch sachgemäße Beratung das Bauvorhaben zu fördern bestreben sollen! Vor allem ist es dringend notwendig, daß die Behörden ihrem oft sehr lahmen Amtsschimmel etwas mehr die Sporen geben!

## Wilde Streiks und Arbeitslosenunterstützung.

Mit dieser Frage hatte sich der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Einem Zimmermann war Arbeit bei einer Untergrundbahn angeboten, er lehnte die Arbeit ab, weil ein Teil der Belegschaft wegen Nichtbevollzug einer außertariflichen Wirtschaftsbeihilfe in den Streik getreten war, ohne daß die Gewerkschaft diesen gebilligt hatte. Ihm wurde daraufhin die Arbeitslosenunterstützung auf 4 Wochen gesperrt. Der Spruchauschuß des Arbeitsamtes hielt die Sperrung der Unterstützung für richtig. Die Spruchkammer fällt keinen Entscheid, sondern gab die Sache wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung an den Spruchsenat weiter.

Der Spruchsenat hob die Entscheidung des Spruchauschusses auf. In der Begründung sind folgende Sätze wichtig:

„Die Aufsetzung einer Sperrfrist ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Annahme der Arbeit ohne berechtigten Grund verweigert worden ist. Ein berechtigter Grund liegt nach § 90, Abs. 2, Nr. 3 A. v. A. W. G. dann vor, wenn die Arbeit durch Ausstand oder Aussperrung frei geworden ist für die Dauer des Ausstandes oder der Aussperrung. Weder aus dieser Vorschrift, noch aus § 63 A. v. A. W. G. kann entnommen werden, daß es hierbei auf die Frage der Berechtigung des Ausstandes oder der Aussperrung, insbesondere auf die Frage ankommt, ob die Kampfmaßnahme gegen Arbeits- oder Tarifvertrag verstoßen hat oder nicht. Und weiter, ob sie von den in Betracht kommenden wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bezw. der Arbeitgeber gebilligt worden ist.“

In der Entscheidung wird weiter ausgeführt, daß es nicht angängig ist, daß die Arbeitsnachweise durch Bewilligung oder Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung, wenn auch nur mittelbar, zur Frage Stellung nehmen, ob eine solche Maßnahme (gemeint: Ausstand oder Aussperrung) berechtigt ist oder nicht, insbesondere, ob sie unter Tarifbruch erfolgt ist oder nicht. Sonach ist es im Hinblick auf die allgemeine Wortsetzung des Gesetzes und die unzweideutige Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Vorschriften für den Begriff des Ausstandes auch gleichgültig, ob der Ausstand organisiert ist, d. h. von der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitnehmer geleitet wird, oder ob es ein wilder Streik ist. Es genügt, daß ein Ausstand, d. h. eine gemeinsam und planmäßig durchgeführte Arbeitseinstellung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern innerhalb eines Berufes oder Betriebes, die den Charakter einer Kampfmaschine hat, schließlich vorgelegen hat, ohne daß es auf die Ursache des Ausstandes, seinen Zweck und die Art, wie der Ausstand begonnen sowie durchgeführt wird, ankommt.“

Grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 20. Dezember 1929 (III a AR 57/29).

## Sprechende Zahlen.

(Aus dem Jahresbericht 1929 des Gewerkschaftsbundes der Angestellten).

Spd. Der GDV zählte Ende 1929: 320 117 Mitglieder, davon Jugendbund Mitglieder 40 565 (Mitte 1930 über 340 000 Mitglieder) — Er unterhält 110 Ortsgruppenheime und 20 eigene Grundstücke, darunter 8 Urlaubsheime, die 1929 103 215 Verpflegungstage aufweisen. — Der GDV ist an 923 Tarifverträgen für Angestellte beteiligt; er besitzt 7490 Mitglieder in den Betriebs- und Angestelltenräten.

Durch seine Selbsthilfeeinrichtungen zählte er 1929 seinen Mitgliedern in bar 2 Millionen RM.; in 6 Jahren nach der Inflation insgesamt 8,7 Millionen RM. — Seine Stellenvermittlung besetzte 1929: 19 076 Stellen und gab 1 173 Firmenauskünfte.



## 21,1 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland.

Die Zahl der im Deutschen Reich vorhandenen Arbeitnehmer ist zum letzten Male durch die Berufszählung vom 16. Juni 1925 festgestellt worden. Das Statistische Reichsamt hat den Versuch übernommen, die Zahl der Arbeitnehmer für den neuesten Stand schätzungsweise zu berechnen. Es geht dabei von der Annahme aus, daß der Erwerbstätigenzuwachs auf Grund der Bevölkerungsentwicklung sich nahezu vollständig den Arbeitnehmererufen zugewendet hat, da nicht anzunehmen ist, daß sich die Zahl der Selbständigen seit 1925 in nennenswertem Maße verändert hat. Es ergeben sich dann die folgenden Arbeitnehmerzahlen:

Geschätzte Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer.			
	Männer	Frauen	Zusammen
Mitte 1925	13 365 000	6 195 000	19 560 000
Anfang 1926	13 529 000	6 284 000	19 813 000
" 1927	18 857 000	6 437 000	20 294 000
" 1928	14 137 000	6 548 000	20 685 000
" 1929	14 392 000	6 589 000	20 981 000
" 1930	14 540 000	6 564 000	21 104 000
" 1931	14 609 000	6 470 000	21 079 000

Für eine Schätzung der Entwicklung der nebenberuflichen Erwerbstätigkeit fehlen alle Anhaltspunkte. Seht man die Zahl der nur nebenberuflich tätigen Arbeitnehmer in der gleichen Höhe wie im Jahre 1925 in die Rechnung ein, so kommt man für Anfang 1930 auf rund 21 404 000 Arbeitnehmer und für Mitte des laufenden Jahres auf eine Zahl von etwa 21 392 000. Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich also im Laufe der letzten fünf Jahre um etwa 1 532 000 Personen erhöht.

## Ründigung im badischen Holzgewerbe.

Das Lohnabkommen für das badische Holzgewerbe ist von Arbeitgeberseite auf den 3. September gekündigt worden. Zur Neuregelung fordern die Gewerkschaften eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig pro Stunde, die Arbeitgeber dagegen eine Herabsetzung um 10 Prozent. Bisherige Verhandlungen sind gescheitert, so daß ab 4. September eine tariflose Zeit beginnt.

## Aus den Ortsvereinen.

### Friz Krause-Berlin †.

Nun ist auch er hingegangen, der alte Friz Krause, den jeder Berliner Kollege aus früheren Zeiten auf Grund seiner Versammlungstätigkeit kannte. Unter den Bautischlern eine der markantesten Persönlichkeiten der Vorkriegszeit, hat er ein Alter von 86 Jahren erreicht.

Ehre seinem Andenken!

Berlin II. Unsere letzte Versammlung beschäftigte sich mit dem Thema: „Arbeitslosennot und ihre Abhilfe.“ Hierbei wurden allseitig Anregungen gegeben, von denen viele wohl nicht von der Hand zu weisen sind. So z. B. wurde auf den standstilligen Zustand hingewiesen, in dem sich das in der Diefelmeyerstraße gelegene städtische Krematorium befindet. Der Bau, der doch sicher schon große Summen verschlungen hat, liegt schon seit Jahren unvollendet still und geht jetzt allmählich wieder dem Verfall entgegen. Diese und viele ähnliche Tatsachen führten dazu, nachstehende Entschließung dem Magistrat der Stadt Berlin zu übermitteln.

### Entschließung:

Die am 13. September 1930 im Lokal „Tilfiter Vereinshaus“, Tilfiterstr. 63 versammelte Ortsgruppe Berlin II vom Gewerbeverein der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.) spricht ihr Besten darüber aus, daß angesichts der großen Arbeitslosennot die Behörden so wenig merkliche Maßnahmen zur Abheilung dieses Zustandes ergreifen. Die Ursache ist nicht hinweg zu leugnen, daß viele städtische Bauten unfertig liegen bleiben und verkommen, während Hunderttausende von Arbeitern schon jahrelang arbeitslos sind. Den Einwand, die Kommune kämpfe mit Geldmangel, können wir solange nicht anerkennen, wie noch immer wieder Geld für andere Zwecke, (wie z. B. Grundbesitzkäufe und andere ausschließbare Geschäfte), da die Arbeitslosen zu lindern müßte jetzt die erste Aufgabe einer jeden verantwortlichen Stelle sein.

Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß seitens der Stadt Berlin baldmöglichst tiefeingreifende Schritte unternommen werden, um die Arbeitslosen vor Verarmung zu bewahren. Die Arbeitsbeschaffung ist die wichtigste wirtschaftliche Frage, hinter welcher alle anderen Bedenken zurücktreten müßten. Wir verlangen nicht daß zur Erfüllung unserer Forderungen mit Zwang gezwungen zu kämpfen sein wird; aber, wo ein Wille ist, wird auch ein Weg zu finden sein.

Berlin. Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 10 Uhr im Arbeiterhaus, Schulstraße 50-51. Vortrag des Vorsitzenden des Gewerbevereins der Holzarbeiter, Berlin. Thema: Der Kampf der Gewerkschaften gegen sozialen und wirtschaftlichen Verfall. Einleitende Rede des Vorsitzenden aller Bezirke des Gewerbevereins und zu dieser Versammlung herangezogen.

Bielefeld. Sonntag, den 6. September hielt der Ortsverein Bielefeld (H.-D.) Monatsversammlung.

lung ab, in der auch vom Hauptvorstand Kollege Volkmann-Berlin anwesend war. Der Vorsitzende Kollege Augustin eröffnete die Versammlung um 8 Uhr 15 Min. abends. Er begrüßte die anwesenden Kollegen, besonders den Kollegen Volkmann-Berlin, sowie die auswärtigen Kollegen von Laasphe, Feubingen, Banse und den Vorsitzenden der Fabrik- und Handarbeiter. Nachdem die Tagesordnung bekannt gegeben, und im Punkt Geschäftliches alles erledigt war, hielt Kollege Volkmann uns einen Vortrag: „Wofür sind wir Gewerkschafter.“ In seinem Vortrag führte Kollege Volkmann uns die ganze Gewerkschaftsbewegung vor Augen, von der Gründung des Vereins bis zum heutigen Tage. An Hand von Beispielen wies Nebner auf die ernste Lage hin, in der wir uns heute befinden. Mit Recht wies er darauf hin, daß Dr. Max Hirsch als der größte Förderer der Arbeiterbewegung bezeichnet werden muß. Dr. Max Hirsch hat gleich bei der Gründung des Vereins die Notwendigkeit einer parteipolitisch, unabhängig, religiös, neutralen Arbeiterbewegung, wie es die deutschen Gewerkschaften sind, erkannt. Nebner kam auch auf die am 14. September bevorstehende Wahl zu sprechen. Bedauerte, daß nur so wenige Frauen anwesend waren, denn gerade die Frau ist der Faktor in dieser kritischen Zeit. Es wurde auch unsere Jugend erwähnt. Die Jugend, so führte Kollege Volkmann an, ist eine zarte Pflanze. Man müsse bei Äußerungen der Jugend gegenüber vorsichtig sein, denn ein junger Baum ist schnell geknickt. In seinem Schlußwort wies Kollege Volkmann darauf hin, wie notwendig die Zusammenarbeit aller Gewerkschaften, Arbeiter und Angestellten ist, denn alle haben heute unter den wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden, die nur durch den engsten Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften gebessert werden können. Mit welcher ordentlichen Interessen den Worten des Nebners gefolgt waren, zeigte die lebhaft einsetzende Diskussion. Es wurden noch verschiedene Fragen gestellt, die vom Kollegen Volkmann klar und deutlich beantwortet wurden. Zum Schluß erstattete Bezirksleiter Kollege Renner Bericht über die zentralen Lohnverhandlungen. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Volkmann für seine trefflichen Ausführungen und ersuchte die Kollegen, all die Worte, die wir heute gehört haben, auch in Taten umzusetzen. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß auch die nächsten Versammlungen eben so zahlreich besucht werden möchten, wie die heutige.

Job. Jablonski.

Hagen i. Westf. Am 3. September abends hielt unser Ortsverein des Gewerbevereins der Holzarbeiter eine besonders gut besuchte Mitgliederversammlung ab, zu der vom Hauptvorstand Kollege Volkmann-Berlin erschienen war. Der erste Vorsitzende, Kollege Landau begrüßte denselben auf das herzlichste. Alsdann ergriff Kollege Volkmann das Wort, um in längeren Ausführungen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft den Mitgliedern vor Augen zu führen. Der Vortragende wies auf die Gründung der deutschen Gewerkschaften hin, wie Dr. Max Hirsch mit Weitblick die Notwendigkeit der zur Zeit bestehenden Einrichtungen vorausgesehen hat, wie wir auf Grund unserer eingeführten Unterstützungen von den freien Gewerkschaften verhöhnt und bekämpft wurden, die Verhältnisse der Zeit die Bekämpfer jedoch gezwungen haben, die Bahnen der deutschen Gewerkschaften zu beschreiten. Der „Vorwärts“, das sozialdemokratische Zentralorgan schrieb selbst am 29. 8. 23 darüber:

„Und wenn trotzdem heute wieder der Klassenbewußte Kohl aufgetischt wird, die Unterstützungseinrichtungen lähmen die Kampfkraft der Gewerkschaften, dann kann nicht mehr Unkenntnis die Triebkraft sein, sondern lediglich die Absicht, die Gewerkschaften zu schädigen.“

Das ist eine offene Anerkennung der Grundzüge der deutschen Gewerkschaften, die der Referent in seinem Vortrage besonders hervorhob. Derselbe wies besonders darauf hin, daß das Bestreben von Dr. Max Hirsch darauf hinausging, eine parteipolitisch unabhängig und religiös neutrale einige deutsche Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Dies Ziel wurde jedoch durch das Hineintragen von Politik von der anderen Seite vereitelt, so daß zum Schaden der deutschen Arbeiterbewegung heute noch eine tiefgehende Zerrissenheit besteht.

Gleichfalls wies Kollege Volkmann darauf hin, daß auch für die Gründung der christlichen Gewerkschaften eine Notwendigkeit nicht bestand. Die Gewerkschaften haben auf Grund ihrer religiös neutralen Einstellung besonders großen Wert darauf gelegt, das religiöse Gefühl seiner Mitkollegen zu achten, es wäre demnach Raum für jede Religionsrichtung in den deutschen Gewerkschaften gewesen. Die Religion muß jedem denkenden Menschen zu hoch stehen, um als Aushängeschild für eine Wirtschaftsorganisation zu dienen, für die Gründung der christlichen Gewerkschaften sind lediglich politische Gründe ausschlaggebend gewesen.

Der Vortragende leitete dann seine Betrachtungen auf die zur Zeit bestehende Wirtschaftslage über, er betonte, daß es falsch sei, die deutsche Wirtschaft als ungeeignet hinzustellen, es herrscht auch kein Kapitalmangel, wie vielfach behauptet wird. Wäre dem so, dann ist es unverständlich, daß deutsche Kapitalisten so viele Milliarden deutsches Kapital im Ausland investiert haben. Durch diese Maßnahme wird nicht nur das so dringend notwendig gebrachte Kapital der deutschen Wirtschaft entzogen, der Staat wird auch um seine Steuern betrogen.

Des Weiteren wies der Referent darauf hin, wie bestimmte Kreise alle Anstrengungen machen, um die Lasten des verlorenen Krieges auf die breiten Massen des Volkes abzuwälzen, in erster Linie versucht man die Sozialversicherung zu verschlechtern, der Notverordnung muß mit aller Kraft entgegen getreten werden. Den Krieg hat nicht die deutsche Arbeiterschaft, sondern das ganze deutsche Volk verloren, folglich muß auch die Gesamtheit für die Lasten aufkommen. Es ist für die Dauer unerträglich, wenn man auf der einen Seite großen Luxus treibt, während das Elend auf der anderen Seite immer größeren Umfang einnimmt. Des Weiteren verlangte Nebner den Abbau der hohen Pensionen und Beamtengehälter.

Auf den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag setzte eine lebhaftige Aussprache ein.

Kollege Volkmann wies in seinem Schlußwort auf die dringend notwendige Zusammenarbeit aller Gewerkschaften hin. Wir alle leiden heute unter einer Wirtschaftskrise, die nur durch den engsten Zusammenschluß innerhalb der Gewerkschaften gebessert werden kann.

Der Vorsitzende dankte dem Vortragenden für seine trefflichen Ausführungen und forderte die Anwesenden auf, den gehörten Worten die Taten folgen zu lassen. Bernh. Birke, Schriftführer.

Wesel a. Rhein. Am Freitag, dem 5. September hielt der Ortsverein der Holzarbeiter H.-D. eine Mitgliederversammlung im Vereinslokal Jilendach ab. Kurz nach 5 Uhr eröffnete der Vorsitzende Kollege Krebber die Versammlung und begrüßte die so zahlreich erschienenen Kollegen. Sein Gruß galt besonders dem Kollegen Volkmann vom Hauptvorstand, der in der Versammlung anwesend war. Nach Verlesung der Niederschrift über die letzte Versammlung und die Bestimmungen über den Bezug von Erwerbslosenunterstützung aus der Lokalkasse sowie einige andere Erleichterungen bei Erwerbslosigkeit ging man zur Tagesordnung über. 1. Vortrag des Kollegen Volkmann. In seinem gut durchdachten Vortrag hat er uns die ernste Lage vor Augen geführt. Nebner schilderte die gegenwärtige trostlose Lage der Wirtschaft, ihre Ursache und deren Auswirkung auf die Arbeiterschaft; ferner den Herrenstandpunkt der Unternehmer, ihre Pläne und Stellungnahme in der Lohnfrage, der Arbeitslosen- und Sozialversicherung. Gleichzeitig gab Nebner einen historischen Überblick über die Tätigkeit und Weltanschauung der deutsch. Gewerkschaften. Er wies mit Recht darauf hin, daß der verstorbene Dr. Max Hirsch als der größte Förderer einer kulturellen Arbeiterbewegung bezeichnet werden muß. Mit scharfem Weitblick habe derselbe die Notwendigkeit einer parteipolitisch-unabhängig und religiös neutralen Arbeiterbewegung, wie es die deutschen Gewerkschaften sind erkannt. Kollege Volkmann wies noch besonders auf die Notwendigkeit der Organisation hin, erläuterte den Kollegen die Vorteile der Organisation und ermunterte die Anwesenden zur regen Mitarbeit im Interesse unserer Gewerkschaftsbewegung. Der Vorsitzende dankte dem Kollegen Volkmann im Namen aller Anwesenden für seinen sehr gut gehaltenen Vortrag und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die nächsten Versammlungen noch besser besucht sein mögen. Hierauf wurde die sehr anregende Versammlung mit einem aufmunterndem Schlußwort um 8,15 Uhr geschlossen.

Hermann Brey, Schriftführer.

## Ortsverband Hagen Westf.

Samstag, den 4. Oktober d. Js., nachmittags 5 Uhr im Evangelischen Gemeindehaus, Hochstr. 72 (Saal 1)

## Ortsverbands-Versammlung

mit Vortrag des Herrn Stadtbaurats a. D. Figgé über: Was können wir tun, um die heutige große Arbeitslosigkeit fast ganz zu beseitigen?



## Einheitliche Vereinsabzeichen!

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die Vereinsnadel kostet das Stück 50 Pfg. In derselben Aufmachung sind wieder, wie vor dem Kriege, Manschettenknöpfe angefertigt zum Preise von 1,20 Mk. das Paar. Auch diese sind wie die Vereinsnadel vom Hauptbüro durch die Ortsvereine zu beziehen.

Desgleichen sind Jubiläumsabzeichen für 25 jährige Mitgliedschaft in derselben Form mit Silberkranz und der Zahl 25 in der Spitze für 2,50 Mk das Stück vom Hauptbüro zu beziehen.